

**Aus der Sozialgerichtsbarkeit****Mitgliederversammlung des BDS**

Nordrhein-Westfalen war Gastgeber der Mitgliederversammlung des Bundes Deutscher Sozialrichter am 15. und 16. 9. 2011. Der Bundesvorsitzende VRiLSG Hans-Peter Jung begrüßte in Münster die Vertreter der Fachvereinigungen der Bundesländer zu einem regen Erfahrungsaustausch. Nach Grußworten des Vizepräsidenten des LSG NRW Martin Löns, des Vorsitzenden des Richterbundes NRW Reiner Lindemann und des BDVR-Vorstandsmitglieds VRiVG Burkhard Ostermann standen neben der bundesweit aufgrund hoher Eingangszahlen unverändert äußerst angespannten Belastungssituation der Sozialgerichtsbarkeit aktuelle rechtspolitische Vorhaben sowie die Selbstverwaltung der Justiz im Mittelpunkt der Beratungen.

Einhellig erteilte die Mitgliederversammlung den erneuten Bemühungen der Justizminister von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu einer Zusammenlegung von Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit eine Absage. Sie unterstrich ihre vom Deutschen Richterbund geteilte Überzeugung, dass eine eigenständige und starke Sozialgerichtsbarkeit unverzichtbar für einen effektiven sozialen Rechtsschutz ist. Mit Besorgnis nahm die Mitgliederversammlung Berichte aus den Fachvereinigungen zur Kenntnis, wonach auch im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen Entscheidungen über die Zusammenlegung von Gerichten willkürlich bzw. ausschließlich an wirtschaftspolitischen Überlegungen orientiert und ohne Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung getroffen werden.

Kritisch beleuchtete die Mitgliederversammlung den aktuellen Gesetzentwurf zu Änderungen des sozialgerichtlichen Verfahrens. Bedenken wurden vor allem gegen das Vorhaben laut, Entscheidungen über die Ablehnung von Richtern erster Instanz den Sozialgerichten durch unanfechtbaren Beschluss zu übertragen, wohingegen bei der Ablehnung von Sachverständigen unverändert die Beschwerde zum LSG zulässig bleiben soll. Eine derartige Asymmetrie des Rechtsmittelrechts werde der zentralen Bedeutung der Richter für den Rechtsschutz nicht gerecht.

Einhellig begrüßt wurde demgegenüber,

dass die Diskussion um die Selbstverwaltung der Justiz an Fahrt aufnimmt. Unverzichtbar sei daneben eine deutliche Stärkung der Beteiligungsrechte im bestehenden System.

Die nächste Mitgliederversammlung des Bundes Deutscher Sozialrichter findet im September 2012 in Marburg statt.

